

DENKFABRIK | Wie eng sind Europas Staaten ökonomisch und politisch verflochten? Ein neuer Integrationsindex zeigt, wie stark sie am Binnenmarkt teilnehmen und wie synchron sich Konjunktur, Preise und Zinsen entwickeln. Auf dem letzten Platz: Griechenland. Von Jörg König und Renate Ohr



Große Distanz

Ein wesentliches Ziel der Europäischen Union ist es, „eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten“. So will es Artikel 121 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV). Der über die vergangenen Jahrzehnte voranschreitende Integrationsprozess in der Gemeinschaft soll dieses Ziel unterstützen. Abgesehen von der Einführung des Euro, dem Schengen-Abkommen und dem Fiskalpakt, wurden dabei alle Integrations-schritte von allen Mitglieds-ländern gemeinsam vollzogen, etwa der gemeinsame Binnenmarkt. Sind die EU-Staaten daher auch alle gleichermaßen integriert, und führt dies zur gewünschten ökonomischen Konvergenz?

Ein von den Autoren entwickelter Integrationsindex für die EU-25 (heutige EU außer Bulgarien, Rumänien, Kroatien) hilft nun, diese Fragen zu beantworten. Der Index misst mithilfe von 25 Indikatoren zum einen die Binnenmarktverflechtungen bei Waren, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital, zum anderen die institutionelle Zusammenarbeit und Vertragskonformität der EU-Staaten. Darüber hinaus berücksichtigen wir Kennzahlen des wirtschaftlichen Konvergenzprozesses zwischen den EU-Staaten. Hierzu gehören der Grad an Homogenität bei den Pro-Kopf-Einkommen, Preisen, Zinsen, Arbeitskosten, Staats-schulden und Steuern. Schließlich werden Indikatoren für die Konjunktursymmetrie einbezogen. So lässt sich erfassen, wie stark oder schwach jedes Land

mit den jeweils anderen EU-Staaten wirtschaftlich verbunden ist.

Die Ergebnisse sind interessant und teilweise überraschend. Zunächst die positive Botschaft: Die politische und ökonomische Integration in der EU hat in den vergangenen Jahren im Schnitt stetig zugenommen. Das Problem dabei: Die Spannweite zwischen den einzelnen Ländern ist extrem groß und hat sich im Zeitablauf kaum verringert.

Die Distanz zwischen dem am stärksten und am schwächsten integrierten Land war zum Zeitpunkt der EU-Osterweiterung 2004 ähnlich groß wie 2012. Während 2004 Belgien mit 66 Indexpunkten und Lettland mit 36 Punkten den ersten und letzten

Platz im Ranking einnahmen, liegen aktuell Belgien und Griechenland auf den Randplätzen – mit mittlerweile 75 respektive 47 Indexpunkten (siehe Tabelle). Die Unterschiede hinsichtlich der Integrationsbereitschaft oder Integrationsfähigkeit der einzelnen EU-Staaten sind also weiterhin groß, obgleich sich das Integrationsniveau insgesamt erhöht hat.

UNGLEICHE KONJUNKTUR

Auch innerhalb der verschiedenen Bereiche ergibt sich ein unterschiedliches Bild. Während die Binnenmarktverflechtungen – abgesehen von einem temporären Einbruch durch die Finanzkrise – trendmäßig zunehmen und sich auch die institutionelle Zusammenarbeit und Vertragskonformität verbessern, ist die Symmetrie der Konjunkturzyklen seit der Finanzkrise gesunken. Am gravierendsten veränderte sich der sogenannte Homogenitätsindikator, der die Konvergenz der Wirtschaftsentwicklung der EU-Staaten widerspiegelt. Dieser hat sich seit Ausbruch der Finanzkrise deutlich verschlechtert – im Widerspruch zu den EU-Zielen.

Der Index zeigt auch, dass der große institutionelle Integrations-schritt der Euro-Einführung für die betreffenden Länder nicht unbedingt auch deren Gesamtintegration verbessert hat. So ist Griechenland im Gesamtindex von Platz 20 auf den letzten Platz und Portugal von Platz 11 auf Platz 15 abgerutscht, während sich das Nicht-Euro-Land Tschechien von Platz 18 auf Platz 12 verbessern konnte. Insgesamt finden sich im oberen Bereich des Rankings nach wie vor die Gründungsmitglieder der heutigen EU (mit Ausnahme Italiens), im unteren Bereich dagegen einige

osteuropäische Länder (Polen, Ungarn, baltische Staaten) sowie Griechenland. Andere osteuropäische Länder (Slowakei, Slowenien, Tschechien) haben allerdings mittlerweile feste Plätze im Mittelfeld – vor Italien, Portugal, Dänemark, Großbritannien und Schweden. Es kann also auch ökonomisch schwächeren Ländern gelingen, sich relativ gut in die EU zu integrieren.

Zieht man den Subindex Binnenmarktverflechtung separat heran, so sind die osteuropäischen EU-Länder sogar deutlich stärker integriert als die südeuropäischen Krisenländer – am unteren Rand dieser Skala befinden sich Griechenland, Italien und Spanien. Es zeigt sich somit, dass die Euro-Mitgliedschaft nicht automatisch die Binnenmarktintegration erhöht. Anders ausgedrückt: Eine funktionierende Binnenmarktintegration braucht nicht unbedingt eine gemeinsame Währung. Dies beweisen einige Nicht-Euro-Länder in der oberen Hälfte dieses Subindexes.

Sowohl eine bessere institutionelle Zusammenarbeit, die maßgeblich durch den Euro gekennzeichnet ist, als auch stärkere Binnenmarktverflechtungen können also keine Konvergenz der Wirtschaftsleistungen erzwingen. Auch wenn es viele Politiker nicht gerne hören werden: Ein „Mehr an Europa“ bedeutet nicht zwangsläufig ein „Mehr an Konvergenz“.

Renate Ohr ist Professorin für Wirtschaftspolitik an der Universität Göttingen.

Jörg König ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Universität Göttingen.

Integrationsprobleme

Wie stark die Mitgliedstaaten mit der EU verflochten sind

Belgien	75,30
Irland	70,45
Österreich	69,64
Deutschland	66,06
Frankreich	65,98
Niederlande	65,51
Slowakei	65,49
Finnland	65,11
Spanien	64,25
Slowenien	63,33
Malta	62,54
Tschechische Republik	61,33
Zypern	60,81
Italien	60,43
Portugal	59,57
Dänemark	57,29
Vereinigtes Königreich	56,75
Estland	56,30
Schweden	55,25
Litauen	53,45
Ungarn	51,85
Lettland	51,65
Polen	50,68
Griechenland	46,80

Quelle: Integrationsindex von Ohr/König, Basisjahr 2012

WirtschaftsWoche